

Sozialkommerzial

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM MIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Samstag, 5. Jänner 1935

Nr. 4

Die Arbeitslosigkeit Im Dezember um 13 Prozent gestiegen

Nach den vorläufigen Zählungsergebnissen waren am 31. Dezember 1934 bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen 755.149 Arbeitslose gemeldet. Am 30. November betrug ihre Zahl 668.937.

Gegenüber dem 31. Dezember 1933 ist die Arbeitslosenziffer um 24.838, d. h. um 3,2 Prozent geringer.

Der Vergleich der Entwicklung in den letzten fünf Jahren zeigt, daß im Laufe des Jahres die Arbeitslosigkeit immer wesentlich gestiegen ist. Die Steigerung betrug im Jahre

1930	84.361 Personen, d. h. 54,4 Prozent.
1931	148.709 Personen, d. h. 44,0 Prozent.
1932	137.502 Personen, d. h. 22,6 Prozent.
1933	88.909 Personen, d. h. 12,9 Prozent.
1934	86.212 Personen, d. h. 12,9 Prozent.

In den einzelnen Ländern war das Steigen der Beschäftigungslosigkeit nicht einheitlich. Es betrug

in der Slowakei	23,8 Prozent
in Karpathenland	15,3 Prozent
in Mähren-Schlesien	10,2 Prozent
in Böhmen	11,8 Prozent.

1700 Millionen Dollar Defizit in USA

Stand der Staatsschuld: 28,5 Milliarden!

Washington. Der Kongreß erwartet mit Spannung die Botschaft des Präsidenten Roosevelt, und zwar besonders mit Rücksicht auf den Umstand, daß die erste Hälfte des Fiskaljahres mit einem Defizit von 1700 Millionen Dollar abschließt und die öffentliche Schuld die Rekordhöhe von 28,5 Milliarden Dollar erreicht. Die erste Vorlage, die im Repräsentantenhaus beraten werden wird, wird wahrscheinlich der Entwurf über die sofortige Auszahlung der Bonds für die ehemaligen Frontkämpfer sein. Präsident Roosevelt stellt sich gegen die sofortige Auszahlung.

Revolte gegen Zogu im Wachsen?

Paris. Die Abendblätter bringen den Bericht einer Privatagentur aus Konstanza in Rumänien, daß der Adjutant des albanischen Königs Zogu, Paschaklar, geführt auf etwa 6000 bewaffnete Soldaten, den König angesetzt habe, dem Thron zu entsagen und das Land zu verlassen. Auch der zweite Adjutant des Königs, Hof Sekretär, habe sich Paschaklar angeschlossen.

Der Rohstoffmangel

Verbandsmaterial ausverkauft

Berlin. Der Mangel an Rohstoffen macht sich an den verschiedensten Gebieten bemerkbar. So ist gegenwärtig in Berlin Verbandsmaterial schwer erhältlich, besonders Mullbinden. Die bekanntlich aus reinen Baumwollfasern hergestellt werden müssen. Die großen Firmen, welche diese medizinischen Bedarfsartikel liefern, können den Ärzten selbst kleinere Mengen nicht liefern. Auch in den Apotheken ergeben sich Schwierigkeiten, wenn dieses Material verlangt wird.

Erdbeben in Bulgarien

Am Freitag zwischen 16 und 18.20 Uhr wurden in ganz Bulgarien drei überaus heftige Erdstöße verspürt, von denen der letzte mit furchtbarem unterirdischen Grollen verbunden war. Die Erdstöße, deren Haupthöhe nach Angaben der meteorologischen Station 440 Kilometer südlich von Sofia liegt, wurden auch in der Hauptstadt wahrgenommen. Die Bevölkerung der Bezirke Philippopol und Burgas, wo die Stöße am stärksten verspürt wurden, flüchtete in voller Panik ins Freie. Sie warteten stundenlang nicht, in die Häuser zurückzukehren. Größere Sachschäden sind zur Stunde noch nicht gemeldet worden. Menschenleben sollen nicht zu beklagen sein.

Ankunft in Rom

Mussolini, Suvich und Aloisi auf dem Bahnhof

Rom. Der französische Außenminister Laval ist in Begleitung seiner Tochter und einer Abordnung leitender Beamten des Quai d'Orsay Freitag Abend um 19 Uhr mit dem Pariser Zugzug in Rom eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich noch eine große Anzahl französischer Sonderberichterstatter und Filmoperatoren.

Zur Begrüßung hatten sich auf dem festlich geschmückten Bahnhof zahlreiche hohe Beamte des italienischen Außenministeriums, an der Spitze der Chef der italienischen Regierung und Außenminister Mussolini, der Staatssekretär des Auswärtigen Suvich und der Kabinettschef im Außenamt Baron Aloisi eingefunden. Ferner waren erschienen: Der Gouverneur von Rom, der römische Platzkommandant, die Präsidenten der Kammer und des Senates sowie zahlreiche hohe Würdenträger der Partei. Außerdem war eine starke Vertretung der französischen Kolonie von Rom unter Führung des französischen Botschafters beim Vatikan erschienen.

Den Sicherheitsdienst im Bahnhof und auf dem Bahnhofplatz versehen Carabinieri in Galauniform. Der ganze Weg vom Bahnhof bis zum Hotel war von Polizei ferngehalten. Vor dem Hotel Savoy war, wie am Bahnhof, eine große Menschenmenge versammelt.

Mussolini wird erst Samstag vormittags mit Laval zur ersten Besprechung zusammen treffen.

„Friedliche“ Revisionsmöglichkeit will Ungarn retten

Budapest. Nach einer offiziellen ungarischen Darstellung soll es sich bei den römischen Verhandlungen um den „Weltstreit zweier verschiedener Konzeptionen“ handeln, nämlich des französischen Standpunktes, der um jeden Preis an den Status quo festhalte, und um den italienischen Standpunkt, welcher eine Evolution verfolge. Man suche nach einem Ausgleich dieser Standpunkte, der für beide Parteien annehmbar wäre. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen, bzw. Nachrichten könne bereits festgestellt werden, daß von einer derartigen Form der territorialen Garantien, welche selbst die Möglichkeit einer friedlichen Revision ausschließen wolle, keine Rede sei.

Ungarn sei darauf vorbereitet, daß ein Teil der Weltpresse danach trachten werde, das in Erwartung stehende Hebereinklein als Sieg des Standpunktes Frankreichs und der kleinen Entente hinzustellen. Die ungarische Regierung und die ungarische öffentliche Meinung würden sich jedoch durch diese tendenziösen Nachrichten nicht irreführen lassen.

Nach einer Meldung des „Katin“ soll die Garantie der Grenzen in der Form erfolgen, daß die Signatarstaaten einander gegenseitig die Gewaltfame Veränderung der Grenzen unterliegen. Diese Formel könnte nach kommischer Anschauung den Revisionismus in seiner aggressiven Form praktisch ausschließen und auf Grund des Status quo ein annehmbares Kompromiß für Ungarn bedeuten.

Gandhi arbeitet illegal?

London. „Daily Herald“ meldet aus Bombay, die indische Regierung habe der Provinzialregierung eine Warnung zukommen lassen, die sich auf Mahatma Gandhi beziehe. In der Warnung werde gesagt, es lägen Beweise vor, daß Gandhi, obwohl er sich öffentlich losgesagt habe, tatsächlich mit Geschicklichkeit und Ingeheim die Volksmassen organisiere, um einen neuen Feldzug des bürgerlichen Widerstandes zu eröffnen. Es werde behauptet, daß Gandhi harmlos erscheinende

Die Austrofascisten

möchten die Emigranten gern unschädlich machen

Wien. Bei einer Konferenz der austrofaszistischen Presse im Bundeskanzleramt reklamierte Außenminister Berger-Waldenegg für sich und Bundeskanzler Schuschnigg die Vaterlandschaft des beabsichtigten Nichteinmischungsabkommens; sie hätten angeblich in Wien diese Fragen angeschnitten und empfanden darüber „keine Befriedigung“.

Der Pakt soll demnach auf strikter Gegenseitigkeit beruhen und die gegenseitige Verpflichtung der Teilnehmerstaaten enthalten, sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der anderen kontrahierenden Staaten zu enthalten.

Was die Herren Austrofascisten von dem Pakt, der natürlich an dem Verfallverhältnis Österreichs zu Italien nicht ein Zota ändern würde, sich noch alles versprechen, geht aus folgenden weiteren Worten Berger-Waldeneggs hervor:

Wir hoffen, daß dieser Pakt noch weitergehen und den vertragsschließenden Teilen auch verbieten wird, „unzulässige“ Bewegungen, die sich gegen die anderen Vertragsstaaten richten, in irgendeiner Weise zu fördern, zu begünstigen oder überhaupt zu dulden. Wir in Österreich wissen den Wert einer solchen Vereinbarung zu schätzen (1) und können der Hoffnung Ausdruck geben, daß alle unsere näheren und entfernteren Nachbarn, die guten Willens sind, ebenso freudig wie wir einem solchen Pakt beitreten werden.

Industrielle Dorfverbände gründe, die in Wirklichkeit Organisationen für die eben erwähnte politische Bewegung seien. Die Bezirksbeamten sollen von der Regierung angewiesen worden sein, Gandhis Schritte sorgfältig zu beobachten, um die Dorfbevölkerung durch Gründung von industriellen Konkurrenzverbänden dem Einfluß des Kongresses zu entziehen. Die Provinzialregierung ist auch beauftragt worden, die Bestimmungen der Strafordnung zur Unterdrückung der Kongressbewegung zur Anwendung zu bringen.

Unerhörter Terror an der Saar

Offizielle Drohungen mit Landesverratsprozessen

London. Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter Bäcker, hat einem Spezialkorrespondenten von Reuters in Neustadt ein Interview gewährt und sich dahin geäußert, daß die Vertreter des Status quo, die in den vergangenen drei Jahren im Saargebiet gelebt hätten, ob abstimmberechtigt oder nicht, den versprochenen staatlichen Schutz erhalten würden.

Andererseits müßten Leute, wie der frühere Reichstagsabgeordnete Imbusch, die weder seit drei Jahren im Saargebiet gelebt hätten, noch abstimmberechtigt seien, aber trotzdem gegen Deutschland „gehört“ hätten, erwarten, wegen Landesverrat angeklagt zu werden, wenn sie es nicht vorzögen, nach dem 13. Jänner dem Saargebiet den Rücken zu kehren.

Jenseits von Gut und Böse!

Der deutsche Saar-Kampf,
der Katholizismus und
Nationalsozialismus.

Die Saarabstimmung, die eine Schicksalsfrage um Sein oder Nichtsein für das Dritte Reich darstellt, findet, wie jetzt feststeht, bei Erklärung strikter Neutralität der römisch-katholischen Kirche statt. Das hindert nicht, ja hat sogar bewirkt, daß regional in dieser wichtigsten europäischen Angelegenheit der Katholizismus förmlich gespalten ist. Die in Hitler-Deutschland amtierenden Bischöfe von Trier und Speyer, denen das Saargebiet kirchengouvernemental unterstellt ist, befinden sich bedingungslos in der „Mitschleuderung“ Front Kraus-Deutschlands, wenn vielleicht nicht aus eigener Gewissensüberzeugung, so doch in der prekären Lage, in der sich jeder im Reich befindet, der keinen gelernt hat, was Gefinnungsraum, Terror und Gestapo bedeuten. Viele Katholiken des Saargebietes selbst einschließlich eines großen Teiles ihres Erbschafts sind dagegen mit Sozialisten und Kommunisten Status-quo-Anhänger und sie drücken ihren Willen auch bereits deutlich genug durch die kürzlich erfolgte Gründung des „Deutschen Volksbundes für Christlich-Soziale Gemeinschaft“, einer restaurierten, anderen Form der früheren Zentrumspartei, die im Saargebiet immer überwiegen, vor aller Welt aus. Das ist die wirkliche Lage, in der sich der Katholizismus, für die Saarverhältnisse von entscheidender Bedeutung, befindet!

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, Rom aus seiner Politik der Abstinenz, der Neutralität und des Zuhaltens grade auch in der Saarfrage herauszulocken. Denn: ein Nachwort Roms gegen Hitler — das allein würde genügen, dem System eben durch die dann sichere Niederlage am 18. Jänner einen tödlichen Schlag überhaupt zu versetzen. Wen es als Todesurteil für den gläubigen Katholiken ex cathedra erklärt würde, einem System zu neuer Nachdenklichkeit zu verhelfen, das den gemeinen Nord nicht nur billigt, sondern ihn sogar selbst praxisiert, würde Hitler am Abstimmtage ganz bestimmt keine Mehrheit erzielen. Das steht fest. Nicht nur alte und bekannte Kämpfer für Freiheit und Recht auf der deutschen Linken, wie etwa H. von Gerlach jüngst in einem Artikel des „Pariser Tageblatt“, haben Rom schon förmlich angefleht, jetzt zu sprechen. Auch Katholiken selbst warteten — vergeblich bisher — auf das entscheidende päpstliche Wort. In der in Holland erscheinenden katholischen Emigrantenzeitung „Der deutsche Weg“, von geistlichen Ordensgeistlichen redigiert, wurde in der letzten Ausgabe der Vatikan ganz ungewöhnlich interpelliert, nun endlich gegen das System der Konzentrationslager, der Schandjustiz und der Morde das allein entscheidende moralische Verdict zu verhängen. Jetzt ist, so erklärte die Zeitung, „der große Augenblick“ für die Kirche gekommen; Millionen von Christen, Sozialisten und Kommunisten, bisher der Kirche entfremdet, würden es ihr danken...

Rom ist bisher unbeweglich und unbeweglich geblieben! Seine Haltung ist eine politische, nicht jene, die gerade aus seinem Anspruch, von Gott selbst eingelehrt oberste Sitten in der Welt und die Zeit zu sein, gefolgert werden muß! Sie entspricht freilich durchaus der historischen Tradition der Kirche, vom Mittelalter mit seinen Kämpfen um das Priesterzölibat etwa oder die Polygamie der Fürsten angefangen bis zu den beiden und unzulänglichen diplomatischen Kriegen, mit denen der Vatikan den Weltkrieg, der gerade ihn so schädigte, beenden zu können glaubte, ohne sich selbst allzu stark zu exponieren.

Gewiß kann es nicht geleugnet werden, daß die Kirche mit dem Dritten Reich an vielen Stellen auf dem Kriegsfuß steht — trotz Konfessionsabkommens oder vielleicht auch gerade wegen seiner. Im Weltkrieg war es etwa dasselbe mit den Armenierergreueln, die den Vorn der Kirche gegen die Mitmachende richteten, ohne daß sie deshalb etwa gegen das oberste verantwortliche Prinzip des Kriegsverlängernden preußischen Militarismus im geringsten opponierte. Im Falle Dritten Reich sah sich die Kirche beispielsweise hat bedrängt in ihrem

spezifischen Jugend- und Arbeiterorganisationsinteresse. Sie hat sich auch hier gewehrt, so gut es ging und so erfolgreich — in diesem Falle — ihre propagandistischen und moralischen Mittel waren. Sie ist ferner mit dem Dritten Reich auch literarisch kollidiert; Rosenbergs „Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“, allen Schulbibliotheken Deutschlands einverleibt und in allen Arbeitsdienstlagern als vaterländischer Unterrichtsliteratur in Gebrauch, wanderte auf den Index der von Rom verbotenen Bücher; aber auch weniger offener Angriffen Rosenbergs auf die Priesterherrschaft. Auch die Sterilisationsgesetzgebung und „Paris des Dritten Reiches“ hat es der katholischen Kirche angetan. Sie mahregelte zwei ihrer Theologieprofessoren an der Priesterseminar in Trautsonberg in Deutschland, die jene schändliche Kastrationsmethode, die an der Natur herumbastelt und das Werk des Schöpfers forrgiert, guttadlich getilgt hatten.

Aber eben nur in diesen Schranken gilt, bisher wenigstens, Roms Interdikt gegen das Dritte Reich. Nicht vom letzten moralischen, sondern vom Klugheitsstandpunkt, und zwar ihrem ureigenen allein, ist ihre Haltung diktiert. Ob das der Mission entspricht, die gerade nach ihrem Anspruch der Weltheilung ihr anvertraut hat, nämlich Lehrer in Glaube und Sitte für alle Völker und für alle Zeiten zu sein, werden manche, die freilich sind, zu verneinen versucht sein. Das Prestige des Vatikans ist durch sein praktisches Verhalten dem Nationalsozialismus gegenüber, dieser bisher brutalsten und verbrecherischsten Manifestation des Faschismus als Weltphänomen der Gegenwartsgeschichte, nicht gewachsen. Es fragt sich hier allerdings, ob die Kirche im Hinblick auf eine große moralische Entscheidung, die man von ihr erwarten dürfte, noch überhaupt frei ist. Man wird ja annehmen können, daß, wenn der Niederbruch für Nationalsozialismus und Faschismus einmal sichtbar werden wird, dann aber auch der Klugheitsstandpunkt der Kirche nicht mehr bedroht ist, auch das Anathema Roms gegen die große Sünde wirklich kommen mag. Nur wird dann eben auch die Frage auftauchen, ob nicht der große Kirchenbann allzu spät eintrifft, auf daß er noch sittlich gewertet werden könnte und das Ansehen der Kirche als moralische Instanz zu steigern in der Lage wäre.

Rein, innerlich ist eben die Kirche gegenüber dem Faschismus und damit auch gegenüber dem deutschen Nationalsozialismus, der ja auch eine spezifische Form der allgemeinen Erscheinung ist, nicht mehr frei. Nicht nur hat sie mit Mussolinis Regime fraktioniert und in Italien ihren Frieden mit einem System der Gewalt gemacht, das vor zehn Jahren die Gräueltat des Dritten Reiches vorwegnahm. Die Stellungnahme der Kirche zum Problem Österreich bezeichnet ganz klar die politischen Bindungen, die sie sich selbst im Hinblick auf das Weltphänomen Faschismus angelegt hat. Die Bulle Quadragesimo anno des Jahres 1924 hat den „Ständestaat“, der doch nur die euphemistische Umschreibung irgend eines unfreiheitlich-faschistischen Gesellschaftstypsus ist, theoretisch und literarisch gefördert. Die Forderungen von 1934 in Österreich waren nur die Exekutive dieses kirchlichen Spruches ex cathedra, in dem die Kirche sich selbst politisch festgelegt hatte. Außerlich betrachtet — siehe eben Österreich — hat die Kirche fälschlich Erfolg mit dieser Politik gehabt. Aber auch innerlich?

In der christlichsozialen „Deutschen Presse“ in Prag schilderte dieser Tage ein

katholischer Wiener Publizist, Dr. phil. Amadeo Taronca die „Erfolge“ der sogenannten „Aktion Wiener“ in Wien zur Ausöhnung der sozialistischen Arbeiter mit dem herrschenden System. Dabei muß er sich zu folgendem widerlichen Geständnis bequemen:

„Wir glauben es gern: solange es die Gräueltat des laufenden Bandes gibt und die geisttötende Arbeit unter der Fuchtel der Rationalisierung, solange Spekulationswut und Lurus ihr Unwesen treiben und solange Unsicherheit der Existenz, Wohnungselend und Arbeitslosigkeit den Arbeiter an Leib und Seele zu Boden drücken, eben solange bleibt auch die Ideologie des Marxismus eine geistige Macht, eben solange bleibt der Sozialismus eine Staatsgefahr und das auch dort, wo er — vorübergehend — besiegt wurde.“

Der, der dies Eingeständnis macht, versucht in dem Artikel nachzuweisen, wie Österreich es anstellt, allen politischen Forderungen der Bulle Quadragesimo anno nach einem christlichen Ständestaat nachzukommen. Aber die Bulle verbietet ja wohl durchaus nicht das laufende Band oder die Rationalisierung; es ist in ihr auch gar nicht angegeben, wie etwa die Wohnungslosigkeit oder die Existenzunsicherheit der Arbeiter praktisch beseitigt werden könnte. Das kann ja auch eine päpstliche Bulle unmöglich weder verbieten noch aufheben. Ist das aber richtig, dann ist eben so

richtig, und zwar gerade nach katholischem Einverständnis, daß der Marxismus unbeseitigbar sein wird, also der ganze Stände-Spul einmal wieder ins Nichts verfallen wird...

Sogar also für die Erkenntnis in den eigenen Reihen kommt schon die Kirche, festgelegt auf ein sehr vorübergehendes Zeitphänomen, zu spät! Man darf wohl sagen, daß dieser Zusammenhang unmöglich ihrer Autorität in der Zukunft von Nutzen sein kann.

R. E. Roth.

Rehr Vorsicht sollten die „Lidobé Robin“ gegenüber Nachrichten aus der deutschen Provinz betreiben. Die Freitagnummer brachte der Wahrheit derart widersprechende Meldungen über die sozialistische (und auch die christlichsozialen) Jugend, daß man dem Blatt den Vorwurf der unzulänglichen Prüfung nicht ersparen kann, obwohl die Notiz als Einforderung eines außerhalb der Redaktion stehenden Schreibers kenntlich gemacht ist. Es ist bedauerlich, daß sich die „Lidobé Robin“ über die sozialistische Jugend von einer Stelle informieren lassen, die jetzt überzeugend nachgewiesen hat, daß ihr die Verhältnisse in der Arbeiterjugend, ihren Organisationen, ihrer Presse und so weiter vollkommen fremd sind.

Roosevelts Sozialprogramm Arbeit für 3.5 Millionen

Washington. (Tsch. P.-B.) Präsident Roosevelt verlas am Freitag Mittag vor beiden Kammern des Kongresses, die im Repräsentantenhaus zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt waren, seine Jahresbotschaft über die Lage der Vereinigten Staaten. Sie beschäftigt sich fast ausschließlich mit dem großen Programm der Sozialreformen, das Roosevelt bereits im vorigen Jahre ankündigte. Im Einzelnen führte Roosevelt über die Reformen auf:

Die Regierung und der Bundeskongress haben vom amerikanischen Volk den Auftrag erhalten, die alten Ungleichheiten wegzuräumen und den Zustand zu beseitigen, bei dem wenige Reiche in privaten und öffentlichen Dingen allein zu befehlen hatten.

Wir wollen keine schematische Gleichmacherei oder Verteilung des Nationalvermögens an alle zu gleichen Teilen. Wir erkennen auch die Tatsache, daß manche infolge größerer Fähigkeiten mehr verdienen können, als andere. Wir wollen niemandem das Recht auf angemessenen Gewinn für seine ehrliche Arbeit fristig machen, aber

jedermann hat einen Anspruch auf soziale Sicherheit, und zwar nicht nur für sich, sondern für seine Familie.

Daher müssen die Bodenschätze zur Sicherung des Lebensunterhaltes besser ausgenutzt werden, eine Sicherheit gegen Schicksalsschläge geschaffen werden und eine anständige Bezahlung gewährleistet werden. Den infolge der nationalen Wirtschaftskrise gestrandeten Amerikanern müssen wir Arbeit geben. Ferner ist Sorge zu tragen für eine

Arbeitslosenversicherung, für Altersrenten, für die Wohlfahrt der Kinder, der Arbeiter und der werden den Mütter, für Kranke und für Arbeitsunfähige. Es ist, so führt Roosevelt fort, mein fester Entschluß, daß die Bundesregierung mit der Unterstützung der fünf Millionen Personen, die auf den Listen der Bundeswohlfahrt stehen, mit Geld und anderen Mitteln Schluß machen muß, da dadurch diese Armenempfänger die Achtung vor sich selbst und den Willen zur Arbeit verlieren. Von diesen fünf Millionen müssen die 1,5 Millionen, die früher von den Gemeinden betreut wurden, wiederum in die Obhut ihrer Gemeinden genommen werden, soweit sie arbeitsfähig sind. Den Gemeinden wird die Bundesregierung durch entsprechende Berücksichtigung in der sozialen Gesetzgebung dabei helfen müssen. Für die übrigen 3,5 Millionen, die durch die Wirtschaftskrise ihre Stellungen verloren haben, muß die Bundesregierung Arbeit schaffen, und zwar Arbeit konstruktiver Natur, die möglichst viel Handarbeiter beschäftigt und möglichst wenig mit privaten Unternehmungen im Wettbewerb steht. Die Entlohnung bei diesen Arbeiten muß höher sein, als die bisherigen Almosen, sie muß aber unter den von Privatbetrieben gezahlten Löhnen liegen, damit nicht wie im vorigen Jahr Leute private Stellen aufgeben, um auf Kosten des Bundes eine höhere Bezahlung zu erhalten.

Roosevelt versicherte, daß dieses große Programm den Kredit der Vereinigten Staaten nicht gefährden werde. Einzelheiten wolle er in seiner Botschaft über den Bundeshaushalt, die er am Montag bekanntgeben werde, mitteilen.

Germaine nahm das Anerbieten an; die Blumen einer fleißigen Debutantin brachten viel, leicht auch ihr ein bißchen Glück. Babiola tat es leid, daß sich Germaine gerade die gelben Rosen Jacques angesehen hatte. Sie sagte aber kein Wort.

Vor dem Bühneneingange staute sich eine unabsehbare Menge; Mädchen bettelten um Autogramme. Das Auto des Direktors stand bereit; lächelnd zog er sie hinein. Er rief den Hartrenden zu: Rächens! ... und schloß das Auto. Viele sprangen in andere Wagen und fuhren ihr nach, aber das Ehepaar Bonnetier, von dem sie sich gar nicht verabschiedet hatte, war nicht darunter. Die Richter des Theaters schienen Spott zu stehen. Das Publikum blieb zurück.

„Das war heute etwas!“, sagte der Portier und drehte die Richter ab. Germaine hatte als letzte das Theater verlassen, einen Strauß gelber Rosen im Arm, die ersten Blumen, die sie aus dem Theater nach Hause trug. Sie hatte erwartet, bis sich die Menge verlaufen hatte. Sie fürchtete, verspottet zu werden. Sie war die stumme Hofdame gewesen, die dem sterbenden Herzog das Taschentuch reicht. Ein junger Mann schritt einsam vor dem verdunkelten Fooyer auf und ab, als warte er. Bei einer gleichzeitigen raschen Wendung stießen sie aneinander. Germaine fühlte die gelben Rosen aus der Hand. Einige Blüten entblätterten sich und Germaine nahm dies als böses Zeichen. Der junge Mann hob die Blumen auf und Germaine sah, daß seine Hände zitterten.

„Ach danke Ihnen, mein Herr.“
„Bitte, mein Fräulein.“, sagte Jacques.
Germaine, die sonst für Männer kein Auge hatte, bemerkte, daß der Herr auffallend schöne Gesichtszüge hatte.

Jacques vergaß Babiola, daß sie in ihrem Erfolg seiner vergessen und daß sie seine Blumen verschmachtet hatte. Er fand sie wohl egoistisch, aber der Egoismus trägt Künstlern reiche Früchte. Er



Fememörder auf Reisen

In Zürich ist Oberleutnant Schulz, einer der berühmtesten Fememörder aus der Vorhillerzeit und späterer Nazi-Prominenter, eingetroffen. Schulz arbeitete seinerzeit mit Zaldus und Kapproth zusammen und war der Dirigent seiner blutigen „Miege“-Aktionen, durch die man das Geheimnis der „Schwarzen Reichswehr“ wahren wollte. Er wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt, zu Suthaus begnadigt und später amnestiert. Sogleich betätigte er sich als nationalsozialistischer Agitator und wurde, gemeinsam mit dem am 30. Juni erschossenen Heines, in Versammlungsanzeigen als „Fememörder“ angekündigt.

Beim Aufstehen des Schulz in Zürich nahm man zuerst an, daß er in die Schweiz emigriert sei, um einer bevorstehenden „Kameraden“-Exekution zu entgehen.

Dem scheint aber nicht so. Schulz ist mit ordnungsgemäßem Pass in Zürich eingetroffen, wohnt in einer teuren Fremdenpension und steht in Verbindung mit in der Schweiz lebenden reichsdeutschen Nationalsozialisten. Wo er auftaucht, werden Intrigen gesponnen. Der Fememörder ist im Besitz reichlicher Geldmittel, deren Herkunft mehr als dunkel ist. Man nimmt an, daß sich Schulz „auf Befehl des Führers“ in Zürich befindet und aus Deutschland sein Geld bekommt.

Schweizer Linkskreise nehmen an, daß ihm die Aufgabe angeteilt worden ist, den Schweizer Faschismus zu organisieren und reichsdeutsche Sympathisanten gegen die demokratische Schweiz loszulassen.

Ein jetzt in der Schweiz veröffentlichtes Dokument, das die Schweizer Hitlerkopisten des Hochverrats überführt, gewinnt durch diese Ermittlungen besondere Bedeutung. Abgesehen davon, daß „Zürcher Volksrecht“, das eine Parallele zwischen dem Fall Heinz Krumann und dem Fall Schulz zieht, die sofortige Ausweisung des „mit besonderen Vollmachten“ eingereisten Hitler-Terroristen.

Wahlauftakt in Saarbrücken

Saarbrücken. Am Donnerstag fanden hier zwei große Wahlversammlungen statt. Sie wurden einerseits von der gemeinsamen hitlerfeindlichen Front, die andere von der „Deutschen Front“ veranstaltet. Beide Versammlungen verliefen in voller Ruhe und auch auf den Straßen ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle.

war froh, daß wenigstens das zweite Gesicht seiner Feindseligkeit Gnade gefunden hatte. Babiola war nach der Premiere, den Rosenblumenstrauch in der Hand, zum Souper gefahren und sagte jetzt zu Jacques:

„Sie als Künstler müssen das verstehen: die roten Blumen wählen am besten zu meinem schwarzen Kleide.“

Die Blüte, die Babiola, tracht ihren Empfindungen folgend, im Auschnitt ihrer Weste befestigt hatte, wurde der Mittelpunkt erregter Aufmerksamkeit. Das Publikum konnte sich den Herzog von Reichstadt nurmehr mit einer brennenden Rohnblüte vorstellen.

Die Kritik schrieb: Ein brillanter Einfall; mag er nun vom Regisseur oder der Interpretin stammen. Anstatt einer Reihe von Orden prangte eine rote Rohnblüte auf der Brust des jungen Kar, die heilige Blüte der Sehnsucht des Kranken...

Jedem Nationalist verblühte vor Begeisterung widerliche Metaphern. In Jacques Rohnblüten sah er die tragische Verbeugung, die der Sohn Napoleons vor dem Grabe der flandrischen Soldaten machte.

Babiola lachte mit dem frohen Mute der Siegenden.

Jacques lief vor jeder Vorstellung in alle Blumenläden, um wenigstens zwei rote Rohnblüten aufzutreiben, damit Babiola für das Symbol der „heiligen Rote der Sehnsucht“ Vorrat habe.

Felicien kam zur zehnten Vorstellung. Er ließ sich in der Pause in Babiolas Garderobe anmelden und wachte nicht, was er sagen solle und wolle. Er war blaß und sehr mager. Die blauen Adern an seinen Schläfen ließen ihn älter erscheinen. Bieleicht hatte ihn die Vorstellung ergriffen — oder er hatte auf dem Gute häßliche Tage mitemgemacht. Als ihn Babiola sah, starben alle Vorkürfe in ihrem Munde.

(Fortsetzung folgt.)

Babiola

Roman von
Olga Scheinpflugová

Copyright by Prozedionat E. Prager-Verlag, Wien

Was dann kam, war ein Delirium für Babiola und den ihr ergebenen Jacques. Babiola spielte den Agilon, als spielte sie ihre fünfzigste große Rolle. Sie wurde das Lösungswort des Tages, die Heldin des Abends, der Gegenstand von Ausruf und Jubel.

Das ausverkaufte Haus brandete und toste wie das Meer. Unzählige Male mußte Babiola vor die Kampe. Sie fühlte ihren Körper nicht mehr; er war in Erwartung und Spannung erstorben. Theaterspielen; das bedeutete mehr, als Talent haben. Theaterspielen: das heißt schamlos sein, nicht fallen, nicht enttäuschen und seine Kräfte bis zum letzten Mäusertropfen einsetzen. Sie spielte hundertmal besser als bei den Proben, wirkliche Tränen entquollen ihren Augen in den Szenen der Trauer. Sie konnte nicht fassen, weshalb sie nicht schon früher zur Bühne gegangen sei.

In den Pausen wurde ihre Garderobe gestürmt. Die Herren verbeugten sich tief; Schriftstellerinnen mit Lognonns erschienen und stellten Fragen. Der Direktor strahlte. Babiola war ermüdet, ergriffen, von sich selbst überwältigt. Sie hatte wohl einen Erfolg erwartet, aber keinen so hinreißenden. Sie sah vor allen Leuten an ihrem Schminktisch, schloß den Kopf in die Hände und atmete schwer, als habe sie nach einem wahnwitzigen Lauf das Ziel erreicht.

Sie konnte den Fragenden kaum antworten.

„Siebzehn Jahre und in Vidar geboren.“

„Wo das ist? Ach, beinahe nirgends.“

Wie sollte sie erklären, wo Vidar liegt? Dort, wo ihre Kindheit lag!

Wieder ein Sechziger:

Abg. Josef Schweidhart

Am 5. Jänner vollendet Genosse Abg. Josef Schweidhart sein sechzigstes Lebensjahr. Nur durch Zufall erhielten wir davon Kenntnis und wenn es nach dem Jubilar gegangen wäre, so wäre dieser Tag verfloßen, ohne daß davon Erwähnung geschähe wäre. Darauf aber



können wir wohl nicht eingehen und wir glauben, daß es sich unser Freund wohl verdient hat, daß die gesamte Parteioffentlichkeit seiner an diesem Tage gedenkt, sind doch von den 60 Jahren, auf die er zurückblicken kann, mehr als zwei Drittel dieser Zeit der Arbeiterbewegung gewidmet gewesen und es waren wahrhaftig nicht nur Jahre der Freude um des Erfolges, sondern auch Jahre schwerer Kämpfe, Entsagungen und Opfer.

Genosse Schweidhart wurde am 5. Jänner 1875 in Krassna, Bezirk Wall, Mähren, dem Primateatsbezirk Rajany als der Sohn eines armen Glasglasers geboren und kam als Kind mit den Eltern nach Bötsberg in Steiermark. Aus der Schule ausgetreten erlernte er dort die Glasmalerei und kam schon als Lehrling mit der Arbeiterbewegung in Verbindung, leider auch mit dem Verzicht: er erhielt, noch nicht 17 Jahre alt, wegen unerlaubter Holportage 48 Stunden Kerker zugewiesen und mußte, ein halbes Jahr noch, diese Strafe auch „abbrummen“.

Drei Monate nach seiner Ausleihe lernt der junge Glasmeister die Liebe des deutschen Unternehmers zu dem Vollzeitschaffenden Arbeiter kennen und wird wegen seiner organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit gemahnt. Er verläßt den Arbeitsplatz und im Jahre 1893 wird der achtzehnjährige aus der grünen Steiermark in das nordböhmische Glasindustriegebiet verschlagen. In Krnsdorf bei Haidau findet er Beschäftigung. Aber nicht lange dauert es, und er wandert nach Penzig in Deutschland. Hier erteilt ihm die zweite Mahnung und er kehrt nach Nordböhmen zurück. In Steinböden finden wir ihn dann im „Hochverband der Glasarbeiter, Sitz Steinböden“ ebenso wie in der Parteibewegung eifrig tätig und im Jahre 1899 wurde er zum Redakteur des „Nordb. Volkboten“ bestellt, dessen Redaktion er bis heute, also durch 36 Jahre, ununterbrochen angehört.

Es mögen nicht die angenehmsten Zeiten für Genossen Schweidhart gewesen sein, die er damals erlebte. Der „Nordb. Volkbote“ erschien einmal wöchentlich und hatte bei geringem Umfang nur eine kleine Auflage. Später erschien er dann zweimal wöchentlich, während des Krieges dreimal und erst nach dem Kriege wurde er Tagblatt.

Genosse Schweidhart errang sich sehr rasch das Vertrauen der Arbeiter seines Tätigkeitsgebietes und bekleidete bald wichtige Funktionen in der Partei und in den Wirtschaftsorganisationen. Noch vor seiner Anstellung als Redakteur nahm der junge Glasarbeiter an den Parteitage in Prag und Linz als Delegierter teil und seither wird kaum eine größere Tagung der Partei stattgefunden haben, der er nicht beizuohnte.

In den Jahren 1907 und 1911 trat er im 106. Wahlkreis, B.-Leipa-Land, als Kandidat bei den Reichstagswahlen auf. Er unterlag beide Male, 1911 in der Stichwahl, gegen den Agrarier Krüger. Seit 1920 ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses der tschechoslowakischen Nationalversammlung und vertritt den Wahlkreis B.-Leipa.

Von den Wirtschaftsorganisationen, in denen er an hervorragender Stelle tätig ist, erwähnen wir den großen Arbeiterkonsumverein Vodenbach, dessen Vorstand er seit vielen Jahren angehört. Genosse Schweidhart ist Mitgründer der Nordböhmischen Druck- und Verlagsanstalt Gärner in Vodenbach und fungiert hier als Geschäftsführer neben den Genossen Gärner und Paul. Im Zentralverband der Kleinbauern und Gärtner ist er im Vorstande tätig, wie er sich überhaupt in weitgehendem Maße mit Problemen der Agrarwirtschaft beschäftigt. Mehrere Jahre hindurch führte er in der Kreisgewerkschaftskommission Vodenbach den Vorsitz. Allgemein bekannt ist, daß Genosse Schweidhart seit Jahren Mitglied des Parteivorstandes ist. Auch kommunalpolitisch ist Genosse Schweidhart tätig, gehörte seinerzeit der Bezirksverwaltungscommission Tetschen an und ist durch zwei Wahlperioden Mitglied der Bodenbacher Stadtvertretung. Genosse Schweid-

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Verzweiflungskampf westböhmischer Grubensklaven gegen betrügerische Unternehmer

Karlsbad. (C. S.) Auf der Anna-Jech in Grünlaß, die einem ins Ausland verzogenen Herrn Weinlauf gehört, haben Freitag die Arbeiter beschloßen, zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen nicht aus der Grube auszufahren. Sie wollen dadurch, daß sie in der Grube bleiben, das Unternehmen zwingen, ihnen den seit Monaten zurückgehaltenen Lohn

endlich ausbezahlen. Auf der Grube ist seit einiger Zeit eine Zwangsverwaltung eingesetzt. Die Arbeiter haben die Klage auf Auszahlung des ihnen gebührenden Lohnes eingereicht, doch ist ihnen bisher kein Bescheid geworden. Es handelt sich um etwa 20 Bergarbeiter, die den Streit in der Form des Verbleibens in der Grube durchführen wollen.

Der Grubenbesitzer Weinlauf hatte sich mit dem früheren Besitzer der Hochwert-Jech, einem Herrn Andreas Köhler zusammengetan, um die Bergarbeiter um ihren Lohn zu pressen. Köhler ist nach Deutschland verzogen, Weinlauf, der aus Berlin kam, übersiedelte zuerst nach Prag und von dort nach Jülich. Bei dem Bevollmächtigten konnten die Arbeiter nichts ausrichten. Obwohl die gesamte Produktion abgesetzt und der Ertrag von den Unternehmern einkassiert wurde, konnten die Arbeiter nicht zu ihrem Geld kommen. Die Affäre Weinlauf ist ein skandalöser Fall von Ausbeutung und Betrug und es wäre dringend geboten, daß die Gerichte nicht nur den Arbeitern zu ihrem Lohn verhelfen, sondern auch gegen den betrügerischen Unternehmer die Verfolgung einleiten!

Bei der Sammlung SVH — bei der Verteilung SHF Unterstützungen an Arbeitslose mit Anmeldebescheinigungen für die SHF

Daß die Sudetendeutsche Volkshilfe nur ein Organ der Heinefront zur Gewinnung — oder besser gesagt zum Kauf — Arbeitsloser für politische Zwecke ist, wird einwandfrei durch einen Bericht aus Verzdorf, der im „Freigeist“ erschienen, bewiesen. Während die bürgerlichen Zeitungen und allen voran die „Reichenberger Zeitung“, in der rührseligsten Weise von dem „alle Parteien und alle Arbeitslosen ohne Unterschied der politischen Zugehörigkeit umfassenden Hilfswert der SVH“ schreiben, widerlegt die Praxis diese Märchen auf geradezu einfältige Art. Das geht aus einer Versammlungseinladung der SVH, Ortsgruppe Verzdorf, klar hervor. In dieser Einladung, die ihre Mitglieder zu einer Versammlung der SVH ruft, die am 13. Dezember stattfand, heißt es u. a.:

„Da die Tagesordnung die Durchführung der Gemeinshaftswörter der „Sudetendeutsche Volkshilfe“ aufweist, werden sämtliche Kameraden zur Anwesenheit verpflichtet.“

Ja, wie denn? In einer Versammlung der SVH werden die Durchführungsarbeiten der SVH vorgenommen? Die SVH hat doch nach der bürgerlichen Presse nichts mit der SVH zu tun? Wer lesen wir weiter! Nach diesen Durchführungsarbeiten in der Versammlung der Sudetendeut-

schen Heinefront wurden von 78 Arbeitslosen in Verzdorf sieben verhandelt, daß sie aus den Mitteln der SVH eine Unternehmung erhalten. Jenen Arbeitslosen aber, die für das Hilfswert in Betracht gezogen wurden und noch nicht Mitglieder der SVH sind, wurden Beitrittsformulare mit der Verständigung von der Unterstützung übermittelte.

Die Gemeinshaftskommission hat sich mit Rücksicht darauf, daß die SVH die örtliche Arbeitslosenaktion stark beeinträchtigte, mit diesen Vorgängen befaßt und sie scharf verurteilt. Als in einer Arbeitslosenversammlung über den Standpunkt der Sozialkommission zu der Aktion der SVH berichtet und dabei festgestellt wurde, daß die „Reichenberger Zeitung“ behauptet, die SVH sei von allen deutschen Parteien für alle Arbeitslosen geschaffen worden, entgegnete der Vertreter der SVH, daß das, was in der „Reichenberger Zeitung“ steht, weder die Sudetendeutsche Heinefront noch die Sudetendeutsche Volkshilfe etwas angehe, denn die „Reichenberger Zeitung“ sei nicht ihr Organ.

Und nun wage man noch zu behaupten, daß die „Sudetendeutsche Volkshilfe“ ein politisches, der Heinepartei fernstehendes Hilfswert für die notleidenden Arbeitslosen sei!

Stundenlöhne unter 1 Kč

Die Lohnverhältnisse im Tachauer Bezirk

In der „Zukunft“ wird über Erhebungen berichtet, welche über die Lohnverhältnisse in der Tachauer Holzindustrie durchgeführt worden sind. In einer ganzen Anzahl von Fällen konnte festgestellt werden, daß

der Stundenverdienst nicht über eine Krone, in sehr vielen Fällen aber auch unter einer Krone

liegt. Es handelt sich hier nicht etwa um Verdienste von weiblichen Arbeitskräften, sondern um solche von Familienernährern. Dabei wird die Ware nicht schlecht bezahlt. Die Unternehmer verdienen sehr schön und wir wären in der Lage, Fälle anzuführen, was so ein Unternehmer in einem Jahre an Schulden abgezahlt hat.

Bei Neueinstellungen ziehen die Unternehmer, die solche Schulden zahlen, selbstverständlich den organisierten Facharbeitern vor. Trotz der großen Arbeitslosigkeit im Bezirk werden in den Holzbetrieben fast durchwegs Überstunden verlangt. Fast keine Firma hält sich an die gesetzliche Arbeitszeit. Das scheint seine Ursache darin zu haben, daß man entweder keine oder doch nur eine sehr milde Strafe erwartet. Wenigstens haben sich einige Unternehmer in diesem Sinne geäußert. Es scheint für sie immer noch rentabler zu sein, Strafe zu zahlen, als die Löhne zu erhöhen, falls sie die 48 Stundenwoche einhalten.

Es wäre an der Zeit, daß das Pilsener Gewerkeinspektorat da einmal gründlich durchgreift.

hant ist ein unermüdlicher Agitator, der alljährlich in zahllosen Versammlungen als Redner auftritt.

Wenn wir an seinem 60. Geburtstag seiner gedenken, wollen wir dies nicht tun, ohne daß wir ihm unseren Dank für die Liebe und Treue, für die Opfer und unermüdliche Dienstbereitschaft an der großen Sache der Arbeiterklasse, an der Partei und dem Sozialismus aussprechen. Für uns ist er trotz seines „Sechzig“ noch lange kein „Alter“, sondern einer, der jung geblieben ist trotz der Jahre und wir haben nur den einen Wunsch, daß dies noch recht viele Jahre bleiben möge.

Christlichsoziale für die Hilterei. Das

Jägerndorfer „Das Volk“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der Saarabstimmung und stellt sich mit seinen Sympathien dabei vollkommen auf Seite Hitlers. Die Saar sei ein deutsches Land, die Hilterei ins Mutterland daher selbstverständlich. Außerdem sprechen angeblich wirtschaftliche Gründe dafür, da nur der bankrotte deutsche Markt die Produkte des hochindustriellen Saargebietes aufnehmen könne. Demgemäß ist auch, schreibt das Merkale Blatt,

die Stimmung des überwiegenden Teiles der Saarbevölkerung für die Rückgliederung an Deutschland. Politisch findet diese Haltung ihren Ausdruck in der Stärke der „Deutschen Front“. Die sozialistische Zentrumspartei ist in dieser Abstimmungsgemeinschaft ausgegangen.

Was das Aufgehen des Zentrums in der Deutschen Front betrifft, so ist sie etwa so freiwillig erfolgt wie das Aufgehen der österreichischen Christlichsozialen in der Vaterländischen Front. Daß die Sozialisten selbst, soweit sie nicht von den Hitlerhiltseien verführt sind, sich gegen die Angliederung an den Slavenstaat wehren, daß führende Antihiltseien, wie der Prinz Hubertus und der Prinz Hohenlohe für den Status quo werben, daß der katholische Gewerkschaftsführer Hubertus erst dieser Tage von den Nazis hiltseien geschlagen wurde, davon weiß man in der schwarzen Jägerndorfer Redaktion anscheinend nichts. Oder weiß man es sehr gut, preißt aber auf die katholischen Bergarbeiter und ihre Führer, um sich beim Heiligen Stuhl beliebt zu machen, der die Verhängung mit dem Faschismus im Weltmaß betreibt?

In der Angelegenheit der Zentralbank der deutschen Sparbanken wurde von dem Plane einer rotentwässerten Befriedigung der Einleger Abstand genommen und beschloßen, die Einleger derart zu befriedigen, daß ihre Forderungen auf e in m a l ausbezahlt werden. Dies wird im Zusammenhang mit der Errichtung eines Emissionsinstitutes der deutschen Sparbanken durch die Emission von Schuldbescheinigungen, deren Ausgabe in der nächsten Zeit bevorsteht, durchgeführt werden. Aus diesem Grunde wurde das Ratorium bloß bis zum 31. März 1935 verlängert, weil zu hoffen ist, daß noch vor dieser Zeit die notwendigen Vorarbeiten für diese Transaktion beendet sein werden.

Dro'ende Massenentlassungen in der NWK-Neudek

Freitag fand in der NWK in Neudek, einem der größten Textilunternehmen in der Republik eine Sitzung des Arbeiter-Betriebsausschusses statt, in der der leitende Direktor über die Lage des Betriebes, die Schwierigkeiten in der Ausführung und die geringe Kontingierung berichtete. Er machte dem Betriebs-Ausschuß die erschreckende Mitteilung, daß der Betrieb in dem gegenwärtigen Umfang nicht aufrechterhalten werden könne. Die Werkseileitung habe bereits bei der Bezirksbehörde auf Grund des Betriebs-Stilllegungsgegesetzes den Antrag auf Massenentlassungen eingereicht.

Bei der Behörde sind für Montag Verhandlungen anberaumt. Für den Bezirk Neudek wäre zu all der Not und dem Elend, die dort, insbesondere durch die Einstellung der Eisenwerke Rothau-Neudek schon herrschen, eine auch nur teilweise Stilllegung der NWK ein furchtbarer Schlag. Die Union der Textilarbeiter wird alles tun, um die Katastrophe abzuwehren. Es wird an den Behörden liegen, zum Schutze der Bevölkerung einzugreifen.

Urteil gegen einen Weipertter Nazi aufgehoben. Im September vorigen Jahres wurde vom Kreisgerichte in Weipert der Geschäftsmann Max Weipert, der aus Weipert wegen falscher Urkunden die Anträge zu zehn Monaten schweren Verfalls verurteilt. Der Staatsanwalt brachte gegen dieses Urteil wegen des niedrigen Strafausmaßes die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Das Oberste Gericht hob nun heute auf Grund dieser Nichtigkeitsbeschwerde das Urteil auf und verwies die Angelegenheit an die erste Instanz zur neuerlichen Verhandlung zurück.

Verhaftung eines Ehepaares wegen Mordverdachts. Die Eheleute Emma M. aus S a a z, die von ihrem Mann, dem Maurer Oskar M., seit Monaten getrennt lebt, bezichtigte auf der Saager Polizei ihren Gatten des Verbrechens der Brandstiftung und des Mordes. Der Mann wurde daraufhin sofort vorgeladen und es kam zwischen ihm und seiner Frau zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf die beiden Gatten gegeneinander die schwersten Anschuldigungen erhoben. Da der Verdacht besteht, daß das Ehepaar tatsächlich im heiderseitigen Einverständnis ein Verbrechen beging, wurden Emma und Oskar M. verhaftet und dem Bezirksgericht eingeliefert.

Der neue Exekutionsschutz

Erläuterungen des Justizministeriums

Zu der bereits von uns gemeldeten Verlängerung des Exekutionsschutzes für Landwirte (Gesetz 33/1934), Arbeitslose (Gesetz 34/1934) und für die von der Mähernte betroffenen Gewerke (Verordnung 142/34 und 211/34) bis Ende 1935 teilt das Justizministerium mit:

Auf Grund aller dieser Regierungsverordnungen sind bisher in einzelnen Fällen bewilligte Maßnahmen mit derselben Wirkung wie bisher bis 31. Dezember 1935 aufgeschoben, ohne daß ein notwendiges Ansehen des Schuldners notwendig wäre, und es müssen daher Verkäufe, Verleigerungen, Tagelöhner usw., die vielleicht schon auf Grund des bewilligten Aufschubes für die Zeit bis zum 31. Dezember 1934 festgelegt waren, von Amts wegen aufgeschoben werden. Falls jedoch der Verkauf (die Verleigerung) in solchen Angelegenheiten auf den Monat Jänner angeordnet wurde, in denen noch keine Entscheidung oder Bewilligung des Aufschubes erfolgte, ist es nicht notwendig, die vorgeschriebene Frist einzuhalten, in welcher sonst der Antrag auf Aufschub nach § 4 des Gesetzes 33/1934 gestellt werden müßte.

Dieser Aufschub wird weiter so beschränkt, daß er sich nicht auf vereinbarte regelmäßige Kapitalraten, die fünf Prozent (bisher zwei Prozent) der ursprünglichen Kapitalsumme nicht überschreiten sowie nicht auf Annuitäten und auf Zinsen erstreckt, die insgesamt nach dem 1. Mai 1935 fällig sind. Die übrigen bisherigen Bestimmungen über die Aufschreibung von Forderungen bestimmter Art vom Aufschub dauern weiter.

Dem Schuldner wird kein Aufschub bewilligt, oder es wird ihm die Bewilligung annulliert werden, u. zw. nicht nur, wenn er nicht zahlt, obwohl er ohne Bedrohung der ordentlichen Rührung seines landwirtschaftlichen Betriebes zahlen könnte, sondern auch dann, falls er in der Absicht, den Gläubiger zu schädigen, Teile seines Vermögens beschlachtet, vernichtet, wertlos macht, entwendet oder verliert.

Diese Bestimmungen werden jetzt auch für die Regierungsverordnung 142/1934 und 211/1934 gelten, die ebenso wie das Gesetz 33/1934 jetzt auch durch Bestimmungen ergänzt werden, wonach der eintretende Gläubiger verpflichtet ist, die Kosten des Verfahrens dem Schuldner dann zu ersetzen, wenn er den Antrag auf Verweigerung oder Aufhebung des Aufschubes gestellt hat, obwohl er offensichtlich wissen konnte, daß sein Antrag grundlos ist.



Wieder Präsident der Saarabstimmungs-Kommission

wurde der Schwede H. H. de, der turnusgemäß am Neujahrstage den Vorsitz übernommen hat.

Tagesneuigkeiten

Sieben verbrannt

Baltimore. In einem Keller, der mit verschiedenen Gegenständen angefüllt war, brach ein Schichtenfeuer aus. Sieben Personen, die gerade in dem Keller arbeiteten, verbrannten dabei bei lebendigem Leibe.

Sieben auf einer Eisscholle

Barrie (Ontario). Auf dem teilweise zugefrorenen See waren sieben Fischer, die auf einer größeren Eisscholle standen, mit dem Fischfang beschäftigt. Da erlosch ein Sturm und trieb die Scholle, auf welcher die Fischer standen, vom Ufer in den See hinaus.

Die Schollen wurden vom Sturm weit vom Ufer getrieben und die Fischer muhten fast 24 Stunden auf denselben verbleiben. Am Freitag nachmittag, als sich der Sturm legte und der See zum größten Teil wieder zugefroren war, gelang es vier Fischern, über das neue Eis ans Ufer zu gelangen; die übrigen drei wurden mittels eines Flugzeuges in Sicherheit gebracht.

Das „ruhige glückliche“ Desterreich

Wien. 28 österreichische Versicherungsgesellschaften haben mit gleichen Anteilen an allen Prämien bis zu 10.000 Schilling ein Syndikat zur Versicherung von Schäden durch Demonstrationen, öffentliche Unruhen, Gewalttätigkeiten usw. errichtet.

Salzburger Nazi beim Fluchtversuch ertrunken

Salzburg. Im Laufe der Donnerstag-Nacht unternahm ein unbekannter, offenbar Nationalsozialist, einen Fluchtversuch über die Salzach. Während der eine das jenseitige Ufer erreichte, fing der andere bei dem Versuch, den Fluß zu überschwimmen, zu scheitern an. Auf bayerischer Seite versuchte man, dem Ertrinkenden zu Hilfe zu kommen, jedoch ohne Erfolg.

Die „Vörlaner der Arbeit“. Es ist dafür gesorgt, daß dieses „Vöhenia“-Wort nicht in Vergessenheit gerate; es ist uns wieder eingefallen, damals, als vor etwa Jahresfrist das entfehlende Unglück im „Nelson“-Schiff geschah; und wieder werden wir daran erinnert, da wir im „Glück auf!“ die Bergarbeiter-Unfall-Statistik lesen, die bis Ende 1933 fertiggestellt ist. Danach gab es im Jahre 1933 im tschechoslowakischen Bergbau 5120 schwere und 82 tödliche Unfälle. Die blutigen Ziffern der traurigsten aller Arbeitsstatistiken scheinen sich auf immer ungefähr gleicher Höhe zu halten: im Jahre

St fan Großmann gestorben

In Wien ist Donnerstag früh Stefan Großmann an einem Herzleiden gestorben, der von Geburt Wiener war und nun seinen Lebensabend als Emigrant in seiner Vaterstadt verbrachte. 1875 geboren, kam Großmann um die Jahrhundertwende zur Wiener Publizistik. Es war die Zeit des großen Kuftriedes an Wiener Talenten, die Epoche der „Demokratischen Literatur“, da die Bahr, Hofmannsthal, Weyl in Wien kamen. Großmanns Arbeiten hatten eine starke soziale Note und so führte sein Weg mit einer gewissen Notwendigkeit in die Sozialdemokratie, die eben damals auch an Einfluß im literarischen Leben Wiens gewann. Mit Vernekerhorfer gab Großmann einige Jahre den „Strom“ heraus. Dann war er Gründer und Leiter der Volkshäuser, Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“. Die Verbindung erwies sich für die Partei als unheilvoll. Großmann war ein Talent, doch kein Charakter. Als Journalist stand er schon in seiner Wiener Zeit in keinem guten Ruf. Er wurde vielfach angefeindet und der Partei wurde die Verantwortung für vieles zugeschoben, was er sich persönlich leistete.

So war es für die Bewegung nur von Nutzen, als Großmann sich von der Partei ab und nach Berlin wandte, wo er eine Hauptnummer in jenem literarisch-publizistischen Betrieb wurde, für den man

Ein Silvester-Schmetterling

Ungarischer Frühling im Dezember

Aus Budapest wird berichtet: Das warme Wetter der letzten Monate hatte in Ungarn Erscheinungen zur Folge, wie sie seit Menschengedenken nicht beobachtet wurden. Der Winter hatte ausgesprochenen Frühlingscharakter. Pfäumen- und Apfelbäume begannen zu blühen und an einigen Apfelbäumen reiften sogar die Früchte. Die Vögel blühten bis zu viermal. In einem Garten in Budapest trugen die Him-

beersträucher zum zweitenmale Früchte. Auch der Naps blühte zum zweiten Male und jenseits der Donau wurde eine zweite Gesträuchernte von der Winterfaat eingebracht. Am letzten Tag im abgelaufenen Jahre wurde in der Nähe von Gönt Gänse ein kleiner gelber Schmetterling beobachtet, der gewöhnlich ein Frühjahrsbote ist. Abends ging der Schmetterling infolge des Frostes ein.

1931 wurden 6636, im Jahre 1932 5552 schwere Unfälle im tschechoslowakischen Bergbau verzeichnet. Also doch ein Sinken der Fälle? Nein! Denn was wird die Statistik über 1934 zu melden haben? Ueber dieses schwärzeste aller Bergarbeiterjahre? Auch im Jahre 1933 „führte“ dem Österr. Arbeiter, das Vöhenia mit 937 tödlichen oder schweren Verletzungen; Österr. allerdings, mit 2524, hat die volle Hälfte des Entschens zu tragen. Welche Unsumme Leid in dieser Summe! „Vöhenia der Arbeit“!

Note Jugend im Bormarisch. In Wenufzen, einer kleineren deutschen Gemeinde bei Pilsen hat die sozialistische Jugend mit einer unlängst durchgeführten Werksaktion ihren Festtag verdoppelt. Die Ortsgruppe konnte damit die Zahl ihrer Mitglieder von 15 auf 30 steigern. Wieder ein erfreuliches Ergebnis des jähren Ringens unterer jungen Pioniere um die Seele der Dorfjugend.

Erster Schnee. In der ganzen Republik hat sich der Wind bei rasch fallendem Luftdruck nach Süden gedreht. Vor einer herannahenden Wärmewelle fällt in Böhmen nasser Schnee; in den Niederungen liegt hier die Temperatur nahe Null. In den mittleren und östlichen Teilen der Republik herrscht leichter Frost und der Himmel ist dort noch teilweise heiter. Freitag, 14. Uhr meldeten Eger +1, Prag 0, Brünn und Preßburg —1, Aofchau —3 und Ebnat —7 Grad Celsius. In den böhmischen Ländern ist in den tieferen Lagen Tauwetter zu erwarten. — Währschines Wetter Samstag: In den böhmischen Ländern ziemlich bedeckt, Neigung zu Schauern, Nordwestwind. In den Niederungen Tauwetter, in den höchsten Lagen leichter Frost und zeitweise Schnee.

Soldaten-Selbstmord. Am 4. Jänner um 5 Uhr früh tödete sich durch einen Schuß aus dem Dienstgewehr in der Militär-Schul-Schießstätte in Kobilitz der dort zugewiesene Soldat Karl Glaubach vom Inf. Reg. Nr. 5. Nach dem Ergebnis der kommissionellen Untersuchung handelt es sich um einen geistig zurückgebliebenen Soldaten, der in seiner dienstfreien Zeit von seinem „ehrenvollen militärischen Vergnügen“ sprach. In der hinterlassenen Korrespondenz wurde ein Brief vorgefunden, in welchem ihm ein Mädchen den Abbruch der Beziehungen mitteilt. Andere besondere Gründe für den Selbstmord konnten nicht festgestellt werden.

Fuhrwerk unter den Rädern des Juges. An einem Bahnübergang in der Nähe von Viala im tschechoslowakischen Schienen ereignete sich ein schweres Unglück. Ein mit vier Personen besetztes Fuhrwerk eines Bauern fuhr auf der Heimsfahrt vom Vialaer Markt über den offenen Bahnübergang, obwohl das Richtungszeichen auf „Stall“ stand. Als sich der Wagen auf den Schienen befand, brannte ein Personenzug heran und fuhr in den Wagen hinein, der vollständig zertrümmert wurde. Eine Bauersfrau wurde auf der Stelle getötet, die anderen drei Personen wurden lebensgefährlich verletzt. Das Pferd konnte sich losreißen und rannte mit einem Teil des Wagens davon. Es blieb unverletzt.

Zwei neue Eisbrecher von noch größerem Typ als der Eisbrecher „Kosin“ werden derzeit auf den Werften von Odessa gebaut.

Der Aufwand für die Sträflinge. Das Justizministerium gibt bekannt, welchen täglichen Aufwand die Verpflegung und Bekleidung eines Sträflings in den tschechoslowakischen Strafanstalten erfordert. Im Jahre 1933 betrugen diese Kosten in Maribor 3,09, in Pilsen 2,84, in Olava 3,11, in Leopoldau 2,97, in Müran (Anstalt für kranke Sträflinge) 3,95, in Nikolsburg (Jugendliche) 4,63 und in der Kofchauer Komenst-Anstalt 3,67 Kronen.

Neuer Dom in der Dmoca-Höhle aufgefunden. Eine Sonderkommission des Klubs der tschechoslowakischen Touristen ist in den letzten Tagen unter der Leitung des Landes der naturwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität in Prag, Professor Dr. Radimír Keltner, mit Forschungsarbeiten in der Umgebung der Dmoca-Höhle beschäftigt. Donnerstag abends gelang es der Expedition nach Ueberwindung bedeutender Schwierigkeiten, einen neuen Dom in der Nähe des sogenannten „Taufsteins“, der bisher noch nicht entdeckt war, zu begehen. Der Dom hat eine Größe von 40 mal 70 Meter und zeichnet sich durch interessante Tropfsteinformen und Stalagmiten bis zu 7 Meter Höhe aus. Die Expedition mußte u. a. einen langen engen Kellertunnel, der zum Teil mit Wasser gefüllt ist, durchqueren. Im neuen Dom wurden zahlreiche dokumentarisch wertvolle photographische Aufnahmen gemacht.

Ein finnisches Spiel. In Finnland ist eine vom „Bund der echten Finnen“ getragene Bewegung im Gange, die darauf hinarbeitet, daß die mehr als 100.000 Einwohner des Landes, die noch schwedische Namen tragen, diese in finnische umwandeln. Daher herrscht jetzt allenthalben große Nachfrage nach Namen, ähnlich wie in der Türkei und in Ungarn. Um diese Nachfrage zu erleichtern, hat die genannte Organisation eine Liste von zwanzigtausend Namen veröffentlicht, die noch frei sind. Den Privatpersonen sollen daraus keine Geschenke erwachsen. Die Kosten haben Staat und Gemeindefürsorge, denen man aus einer Nationallotterie eine Vergütung zu verschaffen hofft.

Einfinnisches Spiel. In dem spanischen Dorfe Cabra in der Nähe von Cordoba tödete ein Mann im Verlauf von Familienfeindschaften seine Frau und vier Verwandte. Nach dieser grausigen Tat beging der Täter Selbstmord.

Mit 25 Jahren zu jung! Das Reichsarbeitsministerium in Berlin hat durch Verordnung die Einstellung von noch nicht 25 Jahre alten Arbeitern in Betriebe von einer besonderen Bewilligung abhängig gemacht. Diese wird nur solchen erteilt, die ehrenvoll aus dem Heer oder aus der Marine entlassen, Landhefzer gewesen und Mitglieder der NSDAP sind.

Wasserrohre bersten. Im Stadtteil Harlem zwischen der 125. und der 135. Straße in New York, brachen am Freitag früh zwei 120-Zentimeter-Hauptwasserrohre. Riechige Wasserfluten ergossen sich zehn Häuserblocks weit auf die Straßen. Zahllose Keller wurden überflutet; auch die Gasanlagen und die Lichtkabel wurden unter Wasser gesetzt. Das Knickerbocker-Krankenhaus war schließlich völlig in Dunkelheit gehüllt. Polizei und Feuerwehr hatten alle Hände voll zu tun, um die vielen Kellerbewohner in Sicherheit zu bringen und Heizkessel-Explosionen zu verhindern. Die Bemühungen wurden durch die starke Kälte und die Eisbildung sehr erschwert.

einer großen Kampagne gegen die Korruption in der Theaterkritik bezeichnete ein Berliner Publizist die Berliner Kritik als unbedeutend mit einer Ausnahme. Gefragt, wer die Ausnahme sei, nannte er Großmann, der diese Beschuldigung ohne zu fragen hinnehmen, aber bezeichnenderweise einen Roman schrieb, der die Korruption darstellt: „Chefredakteur Rot führt Krieg“. Seine Lebensgeschichte hat Großmann in dem Buch „Ich war begeistert“ niedergeschrieben. Wie weit seine Selbstbiographie glaubwürdig ist, bleibe dahingestellt.

Stefan Großmann war eine wenig erfreuliche Erscheinung im geistigen Leben unserer Zeit, eine jener Figuren, die das fortgeschrittene geistige Schrifttum kompromittierten, ohne daß dieses den Mut fand, sie abzuschütteln. Unbestreitbares Talent und ursprünglich sozial gerichtetes Empfinden sind bei Großmann, der als ein Typus gelten kann, durch den kapitalistischen Geschäftsbetrieb in der Literatur und Publizistik verdorben worden.

Zemlinffy an die Wiener Staatsoper

Wien. (T. A. P. S.) Da der Versuch, den Dirigenten Kießer für die Staatsoper zu gewinnen, gescheitert ist, wird der ehemalige Operndirigent des Neuen Theaters in Prag, Alexander Zemlinffy, für die Staatsoper verpflichtet werden. Zemlinffy wird im März d. J. seine Tätigkeit in Wien aufnehmen.



Lindberghs Baby

Dies ist das Kind, das Charles Lindbergh aus seinem Landhaus im Jahre 1932 geraubt worden war und dessen Tod der Mittelpunkt des Prozesses in Flemington bildet.

Sensation im Flemingtoner Prozeß

Lindbergh erkennt Hauptmann wieder

Flemington. Im Prozeß gegen den Entführer des Lindbergh-Kindes, Hauptmann, beschrieb einer der Zeugen das Haus Lindberghs, von dem aus die Entführung durchgeführt wurde, woraus Frau Lindbergh mit leiser Stimme die letzten Augenblicke schilderte, die sie mit ihrem Sohnen am Tage der Entführung verbrachte. Sie hielt anfangs die Tränen zurück, brach aber schließlich in Erinnerung an den unglücklichen Tag in Weinen aus. Sie bestätigte auch die Identität der Photographien und der Kleider des Kindes. Ihre Aussage dauerte drei Viertelstunden. Hauptmann war bei den Worten der Frau Lindbergh sehr beunruhigt. Hierauf sagte Oberst Lindbergh aus. Er erklärte, er habe im Augenblicke der Entführung ein Geräusch gehört, das sich anhöre wie das Umfallen oder Zusammenbrechen einer Leiter. Darauf schilderte er die Entdeckung der Entführung und die Auffindung des Lösegeld-Briefes. Nach der Entdeckung der Entführung habe er ein Gewehr ergriffen und sei auf die dunkle Landstraße hinausgelaufen, ohne jedoch jemanden zu finden. Unterdessen habe der Hausmeister die Polizei benachrichtigt. Unter den Fenstern des Hauses habe er später die Spuren von Mänsen gefunden.

Der Rechtsvertreter des Angeklagten Hauptmann hielt eine Kundgebung in der er ausrief, daß sich die Verteidigung bemühen werde, nachzuweisen, daß die Entführung des Lindbergh-Kindes im Lindberghschen Hause selbst ausgeführt wurde, daß jedoch kein Mitglied der Familie Lindbergh in die Angelegenheit verwickelt sei. Vor Gericht werden die Namen von fünf in die Affäre verwickelter Personen bekanntgegeben werden.

Eine Sensation bildete die Aussage des Obersten Lindbergh.

Lindbergh schilderte die Szene auf dem Friedhof in Bronx, als sein Bevollmächtigter Dr. John G. O'Connell, bekannt unter dem Decknamen „Jaffie“, dem Mann, der versprach, das entführte Kind zurückzubringen, obwohl dieses damals bereits tot war, das Lösegeld von 50.000 Dollar übergab. Lindbergh erklärte, daß er damals, hinter der Friedhofsmauer stehend, ganz deutlich eine Stimme gehört habe, die im Friedhof zu vernahmen war, und daß dies die Stimme des Angeklagten Hauptmann war. Er erkenne sie besonders nach dem starken deutschen Akzent.

Oberst Lindbergh sagte auch aus, daß ihm, bevor sein Bevollmächtigter Dr. O'Connell mit den Entführern in Verbindung trat, das Nachthemden des entführten Sohnes als Beweis gefunden wurde, daß sich das Kind in den Händen der Leute befände, die das Lösegeld verlangten.

Autobus-Unfall. In der spanischen Stadt Sigüenza fuhr ein voll besetzter Autobus um. Eine Person wurde getötet, 29 verletzt.

Roms Einwohnerzahl. Einem amtlichen Ausweise zufolge besitzt die Stadt Rom derzeit 1.137.000 Einwohner.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Sonntag:

Prag, Sender A.: 9.15: Klavierkonzert, 10.05: Weihnachtslieder, 12.15: Die Kinder aus Novosibirsk, Operette, 17.55: Deutsche Sendung: Die Widwidler, Hörspiel nach dem Roman von Diden, 18.55: Deutsche Presse, 20.45: Lustspieleinakter, 22.50: Deutsche Presse und Sport, Sender S.: 14.30: Rundfunktheater, 14.45: Arbeiter-Sendung: Prof. Schneeweiß: Weihnachtsen in Karpathien, 16.00: Deutscher Nachmittags, 17.55: Deutsche Sendung: Konzertstunde. — Währsch-Ostern 17.55: Deutsche Sendung: Winterbilder, 19.30: Leichtes Tanzmusik. — 17.30: Russische Bigbandlieder, 21.10: Orchesterkonzert.

Paula Wallisch: Ein Held stirbt

Leben, Kampf und Tod des
Koloman Wallisch

Preis im Buchhandel K 40.—, für die Parteien-
ausgabe K 22.—

Demonstration in einer Masche. Einer Meldung aus London zufolge kam es am 1. Jänner bei einem Besuch, den der Vize der großen Masche abhielt, zu Zwischenfällen. Kommunisten und Eingeborene sollen in der Masche während der Anwesenheit des Herrschers randaliert haben. Die Eingeborenen sollen versucht haben, sich an den Vize heranzuhängen und von ihm die Aufhebung der Verbannung einiger Agitatoren zu erlangen, die nach den blutigen Erhebungen im letzten Sommer nach Südtirol abgeschoben worden waren. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die französische Generalinspektion hat im Zusammenhang mit diesen Ereignissen zehn tunesische Eingeborene, Rechtsanwälte und Kaufleute mit Aufenthaltssperre bestraft.

Strafmaß in Manchester. In Manchester wurde am Donnerstag nachmittags ein Überfall auf eine Bank verübt. Der Leiter und ein Angestellter wurden kurz vor Geschäftsschluss von zwei maskierten, mit Revolvern bewaffneten Männern angegriffen, gebunden und gezwungen, die Geldkassette zu öffnen. Die beiden Täter nahmen ungefähr 800 Pfund Sterling an sich und entkamen in einem Strafswagen.

Im Zusammenhang mit den Betrügereien der Brüder Levy in Paris, die eine Finanzgesellschaft gegründet hatten, hat der Untersuchungsrichter gegen zwei frühere Beamte eine Untersuchung eingeleitet, die einstweilen staatliche Finanzdirektoren im Wiederaufbaubereich waren und eines Tages ihre staatliche Anstellung lösten, um bei der Levy'schen Finanzgesellschaft Posten zu übernehmen. (Frankreichs Beamten ist es gesetzlich untersagt, nach Aufgeben ihres Dienstverhältnisses vor Ablauf von fünf Jahren in Privatunternehmen zu arbeiten, die während ihrer Dienstzeit ihrer Überwachung unterstanden.) Die Untersuchung gegen die beiden früheren Finanzdirektoren gründet sich auf den Verdacht, daß sie die Betrügereien begünstigt hätten.

Erdböse im Ruhrgebiet. Ein ziemlich kräftiger Erdböse von zwei Sekunden Dauer wurde am Freitag morgen, etwa um 5 Uhr 07, im Gebiet des Ruhrbergbaues verübt. Feststehende Gegenstände wurden leicht erschüttert. Es handelt sich offenbar um ein Nachbeben, das durch den Einsturz von Höhlräumen in einem tiefergelegten Bergwerk verursacht sein dürfte.

Aufgabe und Zustellung von Telegrammen in Belgien. Ab 15. Jänner 1935 können Telegramme auch bei dem Begleitpersonal der Eisenbahnen (bisher nur der Schnellzüge) aufgegeben werden; für die Aufgabe eines solchen Telegrammes wird vom Absender außer der gewöhnlichen Vorkasse noch ein Zuschlag von 2 Ké eingehoben werden. Vom gleichen Tage an können Telegramme auch am Empfangsort in Belgien (bisher nur in Schnellzügen) adressiert werden; in diesem Falle wird das Telegramm als dringendes für die doppelte Gebühr zur Beförderung übernommen und für seine Zustellung im Schnellzug bezahlt der Adressat an den Kondukteur einen Zuschlag von 2 Ké. In den telegraphischen Eisenbahnen werden Telegramme sowohl für das Inland als auch für Belgien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Ungarn, Deutschland, der Niederlande, Polen, Österreich, Rumänien, Serbien, Schweiz (mit Liechtenstein) und Großbritannien entgegengenommen.

Die „Passion“ des Zuckermillionärs

New York hat wieder einmal eine Sensation. Tom Jenkins, der „Zuckerkönig“, ist gestorben. Nicht aus Not, ist behauptet. Jenkins, der Besitzer von zwölf riesigen Zuckerraffinerien, sowie zwei Bonbonfabriken, besitzt einen luxuriösen Palast im exklusivsten Viertel New Yorks, ein Jagdschloß in den Rocky Mountains, am Hudsonfluß eine prächtige Villa und verfügt heute über ein Vermögen, das die Presse der „Welt“ auf mindestens 80 Millionen Dollar taxiert.

Umso größer war das allgemeine Erstaunen, als man jüngst in den New Yorker Tageszeitungen die folgende Annonce lesen konnte:

„Zirkus Ringling,
berreicht Chicago,
größte Zirkusschau der Welt!“

Erstes Auftreten des Exzentric-Clowns Tom Jenkins, des Zuckerkönigs und Multimillionärs, in eigenartigen Zirkusnummern. Noch nie dagewesen!! Sensationell!!

Sofort machten sich die Interdikten in Scharen auf, um den Multimillionär und Clownd auszufragen. Der König des Zuckers sagte zu ihnen: „Ich habe zeitlebens die Sehnsucht gehabt, Clownd zu werden... Jetzt bin ich reich, mein Alter ist gesichert. Nun kann ich die Jagd nach dem Dollar aufgeben und mich endlich ganz meiner Passion widmen, dem Zirkus...!“

Seltene Welt! Da gibt es unzählige Artisten, die zeitlebens arme Teufel bleiben müssen und sich durchkämpfen, weil das Angebot riesig und die Nachfrage mäßig ist... Und hier geht ein Zuckermillionär, des Dollarschadens überdrüssig, gleichsam in den Ruhestand, um seiner artistischen „Passion“ zu leben...!

Das stille Sterben

Die deutschen Konsumvereine gehen ein

Für die nationalsozialistische Propaganda war die Vernichtung der Konsumvereine und Warenhäuser, der Einheitspreisgeschäfte und Filialbetriebe eigentlich beschlossene Sache. Unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung verkündeten auch prompt riesige Plakate den bevorstehenden Tod der Konsumvereine. Die Mittelhändler frohlockten. Dann aber wendete sich das Blatt. Die nationalsozialistischen Staatler mußten auf irgendwelchen Umwegen zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es ratsam sei, diese großen Konsumantenorganisationen zu erhalten und ins Dritte Reich einzubauen. Jedenfalls geschah bald das genaue Gegenteil jener Plakatparolen: während eben noch die Mitglieder unter falschen Angaben beschworen worden waren, nach der Diktatur „Rette sich, wer kann!“ sich und ihr Geld in Sicherheit zu bringen und schleunigst ihren Austritt aus dem Konsumverein zu erklären, wurden sie nun schriftlich und durch mündliche Werbung bestärkt, ihre Mitgliedschaft im Konsumverein aufrecht zu erhalten und ihren Bedarf dort zu decken. So war es in Dresden, von dem hier die Rede sein soll, und so oder ähnlich verlief der Wandel auch in anderen Städten Deutschlands; durchaus einheitlich und berechenbar verfährt ja das braune Regime weder in seinem Haß noch in seiner Liebe.

Inzwischen hat sich trotz widersprechenden Mahnungen in Einzelfällen immer deutlicher herausgestellt, daß das nationalsozialistische Regime gewonnen ist. Die Konsumvereinsorganisationen mit der WGG an der Spitze seines Verbreitungs dienlich zu machen. Darauf deuten gewisse Artikel in der nationalsozialistischen Presse hin. So hat z. B. der sächsische Freie Volksstaat die mühseligen Organisation der WGG gerühmt und Andeutungen in der Richtung einer möglichen Verstaatlichung gemacht. Inwieweit solche Absichten mit der deutschen Aufrüstung zusammenhängen — Erhaltung dieser großen Konsumantenorganisationen als sehr brauchbaren Verteilungsapparat für den Kriegsfall — entzieht sich noch der klaren Beurteilung.

Auf jeden Fall möchte man also wohl doch die Konsumvereine am Leben lassen und ihnen aus ihrem Fortbestehen ziehen. Das tut man ja gelegentlich schon jetzt. Zur Zeit des sächsischen SA-Treffens im Frühjahr dieses Jahres in Dresden zum Beispiel mußte der Dresdner Konsumverein „Vorwärts“ die Unterbringung und Verpflegung von 1000 SA-Männern und die Lieferung von 30.000 Schritten Brot übernehmen, wofür dann das Personal des Konsumvereins sich einen Sonderlohn zum Lohn zur Deckung der Kosten gefallen lassen mußte.

Die Konsumvereinsfeindlichen Mittelhändler sind natürlich über die Wendung der Dinge arg enttäuscht, und gelegentlich machen sie ihrem Unmut sogar ziemlich offen Luft. Sie sind wohl nun schon langsam dahinter gekommen, daß ihnen das braune Regime auch noch andere Verpflegungen schuldig geblieben ist und schuldig bleiben wird. Sie zählen für ihre eigene Dummheit.

Widriger ist schon, wie die Genossenenschaft auf den Einbau der Konsumvereine in das nationalsozialistische System reagieren. Während die überzeugten Mitglieder zunächst ihrem Konsumverein, als er bedroht war, die Treue hielten, änderten sie ihr Verhalten, als sich immer deutlicher herausstellte, daß sie als Genossenschaftler die Geschäfte des braunen Regimes befragen helfen sollten. Jetzt setzte eine Mitgliederflucht ein, die immer noch anhält. Deutlicher noch verrät sich der Wandel der Dinge im Sinken der Umsatzziffern und der Spareinlagen bis unter die Hälfte, ja mancherorts bis auf ein Drittel des Standes vom Frühjahr 1933. Darin kommt sowohl die allgemeine, durch die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches um vieles verschärfte Verarmung der deutschen

Bevölkerung zum Ausdruck, als auch die Abwendung von einer Organisation, die zwar der äußeren Form nach weiter besteht, deren Sinn aber durch das braune Regime zerstört worden ist.

Es geht bergab. Für den jetzigen Stand der Dinge liefert wiederum Dresden ein charakteristisches Beispiel: der Dresdner Konsumverein „Vorwärts“, der einer der größten Vereine der deutschen Genossenschaftsbewegung war, sieht sich gezwungen, seinen Filialbetrieb in Dresden-Bieschen (Wärderei und Lager des früheren selbständigen, vor etwa einem Jahrzehnt mit dem „Vorwärts“ verschmolzenen „Konsumvereins Bieschen“) wegen Rückgangs des Umsatzes stillzulegen. Die prälat der Lage ist, geht noch deutlicher daraus hervor, daß der A. B. „Vorwärts“ jetzt jedem Angehörigen und Arbeiter 5 Prozent vom Bruttogehalt bzw. Lohn abzieht — als Beitrag zur Erhaltung des Konsumvereins! Der Treuhänder der Arbeit hat diese Abgabe genehmigt, um die Rentabilität des Betriebes zu gewährleisten.

So steht es. Wohin die Führe geht, zeigt drastischer noch eine andere Nachricht: am 31. Dezember 1934 hat der Vörlitzer Waren-Einkaufs-Verein liquidiert! Den Geschäftsführern der einzelnen Verteilungsstellen ist anheimgestellt worden, sich Geld zu verschaffen, um die Verteilungsstellen in eigene Regie zu übernehmen.

Dieser Vörlitzer, wie er im alltäglichen Sprachgebrauch kurzweg genannt wurde, ist kein ganz nebensächliches Unternehmen gewesen. In den achtziger Jahren gegründet, basierte er zunächst auf ähnlichen Gedanken, wie sie sich in den Konsumgenossenschaften verkörpert: Ausbesserung des verteilenden Zwischenhandels durch direkten Warenbezug. Dieser Vörlitzer, der weder ein jüdisches noch ein sozialistisches, sondern ein gutbürgerliches Unternehmen war, hatte später besonders in Dresden festen Fuß gefaßt, wo er mit seinen vielen, sehr gut eingerichteten Verkaufsstellen ein nicht zu unterschätzender Konkurrent des „Vorwärts“ war. Er war an keine Mitgliedschaft gebunden, sondern verkaufte frei an jedermann, war daher in vielen beziegender als eine gebundene Konsumgenossenschaft und zahlte seiner Kundschaft alljährlich Rabatte aus, die zeitweise wesentlich höher waren, als die Dividende des Konsumvereins „Vorwärts“. Es war gewissermaßen der „Konsumverein der besseren Leute“, denen ein richtiger Konsumverein nicht ins „Standesbewußtsein“ paßte. Und den mittelständlichen Einzelhändlern war er gleichermassen ein Dorn im Auge.

Nun geht er ein. Dürfen sich die Mittelhändler freuen? Gewiss. Den Vörlitzer“ holt der Teufel, der allen im Nacken sitzt. Es ist das große stille Sterben. Darüber kann nicht einmal hinweggetröstet, welchem Nachfolger der Vörlitzer“ Platz macht: die Verteilungs- und Lagerräume des Vörlitzer“ im früheren Fabrikan der Eschbach'schen Werke in Dresden-Bieschen sind von den Junkersverwaltern als Verfallenen und Lageräume für Flugzeugbau erworben worden. Das ist von drastischer Symbolik: die Rüstungsindustrie floriert im Dritten Reich und tötet eine Scheinblüte vor; die wirkliche Wirtschaft aber geht vor die Hunde.

Das Dresdner Beispiel ist typisch für die allgemeine Lage. Und so kann es schon gesehen, daß der Nationalsozialismus eines seiner Ziele: die Zerstörung der Konsumvereine erreicht, gerade als es nicht mehr sein Ziel war. Er wird sie zerstören im gleichen Tempo der Zerstörung der gesamten deutschen Wirtschaft. Sich darüber zu freuen, wird selbst der eingefleischteste Konsumvereinsfresser nicht zuzugeben bringen, denn diese Wirkung des Hitlerregimes geht ja auch und in erster Linie auf seine Kosten. Und was nützt ihm der Tod der Konsumvereine, wenn mit ihnen die ganze deutsche Wirtschaft und mit ihr auch der selber zum Teufel geht!

M. A. F. B.



Schwimmerin Weltrekord!

Die Amerikanerin Leonore Knight, die die bisherige Weltbestzeit im 500-Meter-Stromschwimmen von 7:12 auf 7:08,2 verbesserte.

effizienten Artikel von Hans Stöcker „Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten“ heißt es: „Die neuen italienischen Grenzen dehnen an drei Stellen nicht bloß in allösterreichisches Gebiet, sondern in alle Gebiete des Römischen Reiches deutscher Nation bzw. des Deutschen Bundes vor und drängen an zwei Stellen geschlossen deutschen Volksboden und ferner südbaltisches Sprachgebiet in italienische Staatsgewalt.“

Italien hat in Tirol einen verhältnismäßig sehr großen Raumgewinn zu verzeichnen, dessen Ausdehnung nicht auch die größte strategische Bedeutung ausdrückt. Zur Defensivseite genügt Italien ebensogut wie die Brennergrenze, die Grenze bei Salurn, wo diese natürliche Verteidigungsgrenze Italiens mit der Volkskonsumgrenze zusammenfallen würde. Für Offensivpläne Italiens nach Norden hinein ist aber auch die Brennergrenze Italiens nicht günstig; dafür ist erst der Besitz der nördlichen Kalkalpe entscheidend. Militärisch gesehen ist daher die Zugehörigkeit von Tirol und Südtirol zu Italien für dieses keineswegs eine Notwendigkeit, ganz abgesehen davon, daß die politischen Spannungen, die sich aus dem Südtiroler Problem zum gesamten Deutschum ergeben, immer wieder ein deutsch-italienisches Zusammenwirken fördern werden.

Österreich muß als seine natürlichen Grenzen gegen Südbalkan die Samnauner Alpen, den Westendfelder Jura und das Nabelgebirge fordern. Die heutige militärische Situation an der deutsch-südbalkanischen Grenze gebietet den Südbalkan jeder Zeit bandenreichartige Vorstöße nach Klagenfurt und nach Graz.

Militärgeographische Betrachtungen und strategische Erwägungen der Gegenwartsfrage führen beide zum gleichen Schluß: Österreich befindet sich militärisch in gefährlicher Lage, seine Grenzgebiete sind fast ohne dem Vorstoß der Nachbarn ausgesetzt, ganz Österreich droht, zum Teil durch eigene Schuld, Schlachtfeld des nächsten Weltkrieges zu werden. Die militärische Schwäche des österreichischen Raumes ist die lockende Ursache dieser Gefahren. Die Ursache kann nur beseitigt werden, wenn den Schutz des österreichischen Raumes wieder ein Großstaat übernimmt, der die Kraft und Berufung dazu besitzt.

Das ist deutlich. Dabei muß bemerkt werden, daß der Autor sicherlich kein Schwärmer ist, sondern ein guter Militär-Strateg. Er hat vom militärstrategischen Standpunkt aus wahrheitsgemäß hundertprozentig recht. Darüber wollen wir hier nicht diskutieren. Das Bedeutsame seiner Ausführungen besteht eben darin, daß sie heute bereits in einem mindestens stark offiziellen Organ der deutschen Wehrwissenschaft publiziert werden können, daß also die Notwendigkeit ihrer öffentlichen Erörterung an hervorragender Stelle nicht nur von Herrn Stöcker als gegeben erachtet wird.

Die Lehre, die dieser Fall erteilt, ist klar: Es ist abermals der Beweis dessen, woran ich bereits Europa nicht zweifelt, das aber u. a. England nicht eindringlich genug demonstriert werden kann: Den Versprechungen Hitlers ist unter keinen Umständen zu glauben! Sie sind nur opportunistische Verschleißerungen seiner pangermanischen, in der ersten Auflage des „Kampf“ niedergelegten Pläne. Was hier in bezug auf Italien demonstriert wurde, kann morgen mit Polen passieren, auf dessen Korridor Hitler innerlich ebensowenig verzichtet hat, wie auf Südtirol, das kann übermorgen das Schicksal Frankreichs werden und in weiterer Ferne das Hollands, Englands, Norwegens, der Schweiz und Böhmens. Alle diese Gebiete werden in verschiedenen Publikationen, sicher von Hitler zur Zeit ihres Erscheinens durchaus gebilligt, für das Dritte Reich in Anspruch genommen.

Der Bruch des Versailler Vertrages durch Hitler, vor allem der seiner Militärklauseln, die fieberhafte Aufrüstung zu Land, zu Wasser und besonders in der Luft ist eine sogar vom Großbritanniens MacDonalds anerkannte Tatsache. Aus ihr folgt mit unumstößlicher Gewissheit der allmählichen und andauernden Hitlers immanente Kriegswille. Es gibt zur Zeit — besonders nach Ausdrückung der durch das Versailler Attentat heraufbeschworenen Gefahren — nur eine Kriegsdrohung in Europa: Hitler.

Es kann nur eine Antwort Europas geben: Vereinigung aller politischen und militärischen Kräfte gegen diese Gefahr. Ihre Voraussetzung aber ist: Abstrahieren bis zum Äußersten gegen alles, was aus dem Dritten Reich kommt!

Zu Hitlers Italien-Kurs

Die ursprüngliche Auffassung Hitlers und der Seinen von Italien war die einer Räuberbande, die im Weltkrieg bereits Verrat geübt hatte und die am Ende desselben das urdeutsche Südtirol raubte. Heilige Treueschwüre floßen über die dinarischen Lippen Adolf Hitlers, gedachte er der verratenen und unterdrückten südtiroler Deutschen. So steht es in der ersten Auflage von „Mein Kampf“. Später, als man glaubte, in Mussolini einen Bundesgenossen gefunden zu haben, beruhigte man sich rasch über Verrat und Raub; das Wort „Südtirol“ ausgesprochen war nunmehr Verrat an der heiligen Sache der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei geworden. Wehe dem, der dies auch nur schüchtern wagte. Jahrelang wurde dies Wort in keinem von Hitler beeinflussten Blatt gedruckt. Diese Periode der Preisgabe einer der wichtigsten ursprünglichen außenpolitischen Forderungen der NSDAP, die lange vor dem Machtergreifung Hitlers begann, scheint nunmehr bereits zu Ende zu sein. Etwa vor der offensichtlichen Kulminationsspitze der Beziehungen Hitlers zu Mussolini. Die in diesem venezianischen Palast Herrn Hitler erteilte Oberbefehl klangte hörbar; sie klangte so laut, daß sie mit außerordentlichen Ehrungen feiert werden mußte. Jades, sie freudete nicht. Die Worte Hitlers war noch geschwollen, als er das Bartholomäus-Festspiel vom 30. Juni veranstaltete; keine

vier Wochen danach ließ er das Grauen von Wien vom Stapel. Mussolini mobilisierte Truppen am Brenner. Hitlers Kursnotierung an der Börse von Rom wurde gestrichen.

Man begann in Berlin — nicht in der Wilhelmstraße, aber in Rosenbergs Augenmerk der DAP — die Meinung über Italien wieder einmal grundlegend zu revidieren. Heute ist man bereits auf dem Wege zurück zur ersten Auflage von Hitlers „Mein Kampf“. Freilich noch langsam und etwas schüchtern, aber unverkennbar. Ein entscheidendes Symptom dieses Prozesses ist die offiziöse wissenschaftliche Presse. Es ist bekannt, daß sie, wie die ganze übrige wissenschaftliche Literatur, soweit sie sich mit politischen Fragen befaßt, zunächst nichts ohne Hilschweigende Zustimmung der Regierung, also Hitlers, produzieren kann. Herrns Bannes Pläne der militärischen Befestigung Englands wurden verboten, seine Bücher beschlagnahmt, ihm selbst die brennende Legende entzogen, als all dies das momentane außenpolitische Konzept Hitlers störte.

Die „Zeitschrift für Geopolitik“, ein der nationalsozialistischen außenpolitischen Konzeption besonders nahestehendes Organ — übrigens ein meist gut informiertes —, spricht in ihrem letzten Heft vom November 1934 (XI/11) eine recht deutliche Sprache. Sie enthält Einiges von dem Umstellungsprozeß der offiziellen italienischen Ideologie und sie bestätigt die nach wie vor vorhandenen österreichischen Ambitionen. In einem recht inter-

